

Killerspiele-Anbieter flüchten in die Schweiz

Deutscher Betreiber von Killerspiele-Seite profitiert vom laschen Schweizer Jugendschutz

Im Internet haben Kinder und Jugendliche freien Zugriff auf gewalthaltige Computerspiele – Bund und Kantone bieten kaum Schutz. Das zeigt ein aktueller Fall.

NICOLE EMMENEGGER

Fans von Killerspielen freuen sich: Die deutsche Internetseite «Shooterplanet», die unter anderem gratis Schiess-Spiele anbietet, hat sich der Kontrolle durch den deutschen Jugendschutz entzogen. Seit März wird das angeblich grösste Portal rund um Schiess- und Actionspiele von einem Schweizer Server aus ins Internet eingespeist. Die Seite funktioniert seither wieder «ohne jegliche Zensur», sagt Torsten H., ehemaliger Besitzer und amtierender Chefredaktor und Administrator der Seite. Zitat: «Ein besonderer Dank geht an die Schweizer Regierung.»

Der Bundesrat dürfte sich jedoch kaum über diese Danksagung freuen, denn die deutsche Internet-Aufsichtsbehörde Jugendschutz.net hat festgestellt, dass «Shooterplanet» gegen den deutschen Jugendmedienschutz verstösst. Kinder und Jugendliche hätten auf «Shooterplanet» freien Zugriff auf Bilder oder Videos, die grausame, blutige Gewaltenszenen beinhalten würden. Dies könne «eine verstörende und traumatisierende Wirkung haben», schreibt Jugendschutz.net in einem Brief an den

ehemaligen Besitzer Torsten H., welcher der MZ vorliegt. Der neue Datenbankanbieter stammt aus Menziken im Kanton Aargau und sagt, er habe mit dem Inhalt der Seite nichts zu tun.

Schweiz setzt auf Selbstkontrolle

Dieser brisante Fall wirft die Frage auf: Wie steht es um den Schweizer Kinder- und Jugendschutz bezüglich Computerspiele im Internet? Im Vergleich zu Deutschland fällt die Leistungsbilanz bescheiden aus. In den deutschen Bundesländern gibt es verbindliche Alterslimits für Computerspiele. Dies erlaubt es den Jugendschutzbehörden, mit gesetzlichen Mitteln gegen Verstösse vorzugehen. Im Fall «Shooterplanet» forderte Jugendschutz.net den Betreiber dazu auf, technische Schutzmassnahmen zu treffen, damit Minderjährige künftig keinen freien Zugang zum Angebot mehr haben – beispielsweise eine Identitätskontrolle. Andernfalls müsse er mit einer Busse oder einer Sperrung von «Shooterplanet» rechnen.

In der Schweiz wären solche Massnahmen derzeit nicht möglich. Weder Bund noch Kantone – mit Ausnahme der Waadt – kennen gesetzlich durchsetzbare Alterslimits bei Computerspielen; man setzt auf die Selbstkontrolle der Branche (siehe Kasten).

Ohne verbindliche Regeln kann es auch keine staatliche Kontrollstelle geben. Eine Internet-Aufsichtsbehörde wie

Jugendschutz.net, die sich speziell dem Jugendschutz widmet, existiert aus diesem Grunde in der Schweiz nicht. Die Schweizerische Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik) wird nur aktiv, wenn Inhalte gegen das Strafrecht verstossen, beispielsweise bei Kinderpornografie, bei Rassen Diskriminierung oder bei Verstössen gegen den so genannten Brutaalartikel.

Selbst die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, in denen es bald verbindliche Alterslimits für Computerspiele geben könnte, planen keine Internet-Kontrollbehörde. «Kantonal ist hier nichts auszurichten», sagte die Baselbieter Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro in einem Interview mit dem «Medienheft».

Herausforderung Internet

Bei Killerspiel-Gegnern stösst die Resignation vor dem schwer kontrollierbaren Internet auf wenig Verständnis. «Der Fall «Shooterplanet» ist Hinweis genug, dass in der Schweiz etwas passieren muss», sagt die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Sie räumt zwar ein, dass das Internet neue Dimensionen eröffnet habe, die wohl alle etwas überfordern würden. Dennoch müsse man beim Kinder- und Jugendschutz eine Vorreiterrolle spielen wie Deutschland.

Solche Vorreiter werden ihre Ziele nur bedingt erreichen, solange andere Länder nicht mitziehen. Das bestätigt auch der ehemalige Besitzer des Internetportals «Shooterplanet». «Der deutsche Jugendschutz funktioniert nicht und kann auch nicht funktionieren, weil das Internet nicht deutsch ist», schreibt Torsten H. in einem Mail an die MZ. Die staatliche Internet-Kontrolle in Deutschland habe vor allem einen Effekt: Sie benachteilige die deutschen Webseiten-Betreiber; Letztere hätten es schwer, sich gegen ausländische Konkurrenz durchzusetzen, die nicht «zensuriert» werde.

Torsten H., der sich im Internet den Namen «Shotgunlover» gegeben hat, ist als Vater zweier Kinder der Meinung, der Jugendschutz müsse zu Hause bei den Eltern beginnen. Sein bald 11-jähriger Sohn dürfe nur Computerspiele spielen, die für sein Alter geeignet seien.



SHOOTER-PLANET Spiele wie «Armed Forces Corp.» (oben) oder «America's Army» (unten) kann man auf der Website herunterladen. HO

Jugendschutz: Es tut sich was

In keinem Kanton – ausser in der Waadt – sind heute **Alterslimits** für Computerspiele verbindlich. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren fällte 2007 den Entscheid, bei so genannten interaktiven Spielen auf die **Selbstregulierung** durch die Branche zu setzen. Die Selbstregulierung basiert auf den freiwilligen **PEGI-Altersempfehlungen** (Pan European Game Information) – einem System, das in vielen europäischen Ländern angewandt wird. Mit ihrem «Code of Conduct» haben sich im Jahr 2006 Hersteller, Importeure, Grosshändler und Detailhändler in der

Schweiz dazu verpflichtet, sich nach den PEGI-Altersempfehlungen für Computerspiele zu richten. Auch bei den Kantonen und auf Bundesebene tut sich etwas: Die Parlamente der Kantone **Basel-Stadt und Basel-Landschaft** stimmen voraussichtlich im Sommer über eine Gesetzesvorlage ab, welche die PEGI-Vorgaben als bindend erklärt. Es sind Kontrollen wie beispielsweise **Testkäufe und Sanktionsmassnahmen** geplant. Im eidgenössischen Parlament gibt es Vorstösse, die eine **nationale Zertifizierungsstelle** für die Altersfreigabe von Medieninhalten fordern. (NEM)

Nachrichten

Bundesanwalt steht in der Kritik

Eveline Widmer-Schlumpf und Erwin Beyerler haben das Heu nicht auf der gleichen Bühne. Anlässlich einer Sitzung der für ihr Justizdepartement zuständigen Subkommission der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission übte die Bundesrätin am Bundesanwalt scharfe Kritik. Mit Beyerler «ist es nicht immer ganz einfach, weil wir nicht die gleichen Vorstellungen haben und deshalb gelegentlich aneinandergeraten», zitiert die «NZZ am Sonntag» aus dem Sitzungsprotokoll. Beyerler muss nun bei ihr alle drei bis vier Wochen zu einem Führungsgespräch antraben, das protokolliert wird. Sie höre von der Bundesanwaltschaft immer wieder, «dies oder jenes sei ein Eingriff in die Kompetenzen, und ich hätte lediglich die Möglichkeit, sie administrativ zu beaufsichtigen», sagte Widmer-Schlumpf weiter. (BRE)

Hutu-Regierung Mutmasslicher Kriegsverbrecher in Luzern

Ein ehemaliges Mitglied der Hutu-Regierung, die 1994 in Ruanda 800'000 Menschen töten liess, hält sich gemäss der «Sonntagszeitung» in der Schweiz auf. Seit 2006 fahndet Ruanda mit einem Interpol-Haftbefehl wegen Genozid und Kriegsverbrechen nach dem 56-Jährigen, der im Kanton Luzern lebt. Er hatte in der Schweiz um Asyl gebeten, sein Gesuch wurde wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen jedoch abgelehnt. Nun wird abgeklärt, ob das Justizsystem und die Menschenrechtslage in Ruanda eine Auslieferung zulassen. (BRE)

Parteien drehen sich im Kreis

Mitte-Politiker kritisieren SP und SVP und produzieren selbst viel warme Luft

Von vorzeitigen Neuwahlen bis zur neuen Zauberformel – es gibt viele Ideen zur Krisenbewältigung, aber nur wenig Wille zu Kompromissen.

BEAT RECHSTEINER

Die Diagnose trifft ins Schwarze, das vorgeschlagene Gegenrezept hingegen ist politisch chancenlos. Der Aargauer FDP-Nationalrat Philipp Müller stellt gegenüber dem «Sonntag» fest, dass die Schweizer Politik in der Krise total festgefahren sei. Und er fordert deshalb Neuwahlen, «am liebsten schon morgen». Viel Erfolg dürfte ihm bei seinem Ansinnen allerdings nicht beschieden sein. CVP-Präsident Christophe Darbellay spricht von einer «Schnaps-idee», und selbst Müllers Parteipräsident Fulvio Pelli winkt von vornherein ab: «Vorzeitige Neuwahlen sind etwas realitätsfremd.»

Dennoch ist der Tessiner Nationalrat froh über den Vorschlag. «Das ist eine intelligente Provokation, die eine nötige Grundratsdebatte auslösen kann», sagt Pelli. Diese Grundratsdebatte soll geführt werden über den Zustand der Schweizer Politik, die in der Krise zerstritten ist und es nicht fertigbringt, gegenüber dem Ausland Geschlossenheit zu demonstrieren. «Die Streitereien schwächen die Position der Schweiz massiv», ist sich Pelli sicher.

Er zielt damit vor allem auf die SVP und die SP, denen er vorwirft, sich als Partei nur innenpolitisch

profilieren zu wollen, anstatt im Interesse des Landes zu politisieren. Der SVP kreidet er an, dass sie noch vor jeden Verhandlungen das Referendum gegen die neuen Doppelbesteuerungsabkommen ankündigt, der SP, dass sie ein Rahmenabkommen fordere und so die Schweizer Verhandlungsposition schwäche.

Hickhack ohne Ende

Offensichtlich ist, dass auch nach dem Entscheid, die OECD-Standards zu übernehmen, nicht am selben Strang gezogen wird. Weder im Parlament noch im Bundesrat. So kritisierte VBS-Chef Ueli Maurer in der «Samstagsrundschau» von Radio DRS erneut die Regierung wegen ihres Umgangs mit dem Bankgeheimnis. Der Bundesrat habe den Druck auf das Bankgeheimnis zu lange unterschätzt, sagte er.

Die Parteien wiederum gehen völlig unkoordiniert vor. Während Müller Neuwahlen fordert, verlangt etwa Darbellay laut «Sonntags-Blick», dass die Schweiz die Zahlungen an die OECD – 2009 werden es 7 Millionen Franken sein – einstellt. Und es gibt eine Vielzahl weiterer Beispiele: Die Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga will, dass allein das Aussendepartement aussenpolitische Fragen koordiniert. Der Bündner SVP-Ständerat Christoffel Brändli fordert eine neue Zauberformel für den Bundesrat. Und der Solothurner FDP-Ständerat Rolf Büttiker möchte von der OECD verlangen,

dass sie eine schwarze Liste von G-20-Staaten aufstellt.

Mehrere Ständeräte fordern angesichts dieser Kakophonie an Vorschlägen im «Sonntag» eine überparteiliche Politiker-Task-Force, die nach Lösungen suchen soll. Darbellay findet zwar den Appell an die Vernunft und die Zusammenarbeit richtig, hält es aber für falsch, ein weiteres Gremium zu schaffen. Wie Pelli kommt auch er zum Schluss, dass der SVP und der SP der Wille fehle, um in der Krise zusammenzustehen. Beide wettern gegen die zunehmende Polarisierung und stellen fest, dass die unheilige Allianz zwischen Links und Rechts immer häufiger zum Tragen komme.

Bei der SP mag man diese Vorwürfe nicht hinnehmen. «Die These von der unheiligen Allianz ist ein Märchen. Die Probleme haben wir doch nun gerade wegen der Politik der bürgerlichen Mehrheit im Parlament», sagt der Schaffhauser Nationalrat und ehemalige Parteipräsident Hans-Jürg Fehr. Auch vom Vorschlag einer Politiker-Task-Force hält er nichts. Den Ball direkt an die Mitte-Parteien zurück spielt der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm. Seine Meinung nach kooperieren CVP und FDP zu wenig mit der SVP. «Die Tragik der Schweizer Politik liegt darin, dass die Bürgerlichen nicht besser zusammenarbeiten.»

Signale, sich wirklich zusammenraufen zu wollen, gibt es letztlich von keiner Seite.

Links-Grün bleibt stark in Neuenburg

Linke im Parlament vorn, Regierung noch unklar

Links-Grün hat im Neuenburger Kantonsparlament dank Sitzgewinnen der Grünen und der Linksaussenparteien ihre Mehrheit behauptet. Verlierer sind die Sozialdemokraten (SP) und die SVP. Von den fünf Regierungssitzen wurde noch keiner vergeben. Während die SP hier vorn lag, schnitt der grüne Bau- und Verkehrsminister Ferdinand Cuche sehr schwach ab.

Stärkste Partei im Grossen Rat sind neu die fusionierten Liberalen und FDP mit 41 Mandaten. Die SP verlor fünf Sitze und stellt noch 36 Abgeordnete. Die Grünen eroberten 4 zusätzliche Mandate und verfügen neu über 14 Sitze. Sie sind damit gleich stark wie die SVP-Fraktion, die ihren Grosseinsatz vor vier Jahren nicht bestätigen konnte. Von den damals auf Anheb geholten 17 Sitzen büsste die SVP deren drei wieder ein. Drei zusätzliche Mandate holten demgegenüber die Linksaussenparteien Partei der Arbeit und Solidarité, die neu 10 Mitglieder des Parlaments stellen. Linke und Grüne halten damit zusammen neu 60 Sitze oder zwei mehr als bisher, während die Rechte noch 55 Abgeordnete stellt. (AP)